Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 484 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 1. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Metallarbeiterstreik in Berlin nimmt schärfere Formen an. Es ist mit der Stillegung der Licht- und Kraftwerke zu rechnen.

* Mitte Oktober findet in Berlin die lange geplante Reichsschulkonferenz statt.

* Die für gestern abend einberufenen Spartakusversammlungen in Berlin sind sämtlich durch Reichswehrtruppen aufgelöst worden.

* Die Folgen des Großstreiks der Eisenbahner machen sich in England schon bemerkbar. Viele Betriebe haben die Arbeit eingestellt.

* Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden.

Italiens Deputiertenkammer aufgelöst

Keine Umbildung des Kabinetts

Bern, 30. Sept.

Die italienische Deputiertenkammer ist aufgelöst worden. Die Wahlen sind zum 10. Oktober ausgeschrieben Senat und Kammer werden am 1. Dezember zusammentreten. Die Auflösung der Kammer findet in der Presse vorerst wenig ernsten Widerspruch. Irgendwelche Umbildungen im Kabinett sind vorläufig nicht zu erwarten. Ebenso ist die Erörterung der Friedensverträge damit bis auf auf weiteres vertagt.

Bern, 30. Sept.

Die Nachricht von der Auflösung der italienischen Kammer hat hier die größte Ueberraschung hervorgerufen. Noch gestern hatte niemand Nitti diese Entschlossenheit des Handelns zugetraut. Aus den Kommentaren des „Secolo" und des „Corriere della Sera" spricht bereits die Besorgnis über das voraussichtliche Ergebnis des kommenden Wahlkampfes unter Nitti. „Corriere della Sera" schreibt, es sei zu verlangen, daß die Vorbereitungen von einem Ministerium vorgenommen werden, das in seiner Mehrheit aus Nationalisten besteht. „Secolo" gibt zu, daß zwar die Auflösung der Kammer konstitutionell zu rechtfertigen sei, daß aber der Wahlkampf sich in einer Atmosphäre abspielen werde, die durch die ungelöste Frage von Fiume und die aufgeregte öffentliche Meinung elektrisiert sei. „Popolo d'Italia" fragt, ob der König sich bewußt sei, welchen Verrat er durch die Unterzeichnung des Auflösungsdekretes übernommen habe. „Avanti" bringt seine Zufriedenheit über die Intervention der Sozialisten in der letzten Sitzung zum Ausdruck, wodurch die Durchführung der Abstimmung erzwungen wurde.

Rom, 30. September.

In der Kammer erklärte Ministerpräsident Nitti, er billige die Ausführungen Tittonis in vollem Umfange. Er dementierte die Ausfreuungen über angebliche Umstimmigkeiten im Kabinett, betonte aber, daß die Lage außerordentlich heikel sei, Nitti erklärte weiter, daß er immer für Fiume eingenommen gewesen sei, bedauerte jedoch, daß Angehörige der Armee sich an der Bewegung beteiligten, denn ihre heiligste Pflicht sei die Manneszucht. Er verteidigte die Regierung gegen den Vorwurf, die Ereignisse vorausgesehen und der Besetzung nicht vorgebeugt zu haben, und bat um die Mitarbeit aller derjenigen, denen das Vaterland teuer sei, damit die Expedition von Fiume ohne bedauerliche Verwicklungen und schwerwiegende Zwischenfälle im Landesinnern erledigt werden könne.

Zugespitzte Streiklage in England

Amsterdam, 30. September.

„Telegraaf" meldet aus London vom 29.: Die Südwest- und Chatham-Bahn hat Maßregeln getroffen, die den weiteren Verkehr der Anschlußzüge an die Kanaldampfer ermöglichen. In den Fabrikbetrieben beginnen sich die Folgen des Streiks bemerkbar zu machen. Viele Fabriken und Kohlenbergwerke werden im Laufe des Tages schließen. Die von der Regierung getroffenen Maßregeln für den Transport sind dieselben wie die, die für den feindlichen Einfall in das Land vorgesehen waren, durch den London und andere Städte abgeschnitten worden wären. Der Transport vollzieht sich größtenteils mit Motorwagen. Die Luft ist voll von Flugzeugen. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Appleton erklärte in einer Unterredung, er glaube, daß es überhaupt nicht zum Streik gekommen wäre, wenn die Mitglieder des Eisenbahnerverbandes darüber abgestimmt haben würden. Heute abend wird die Leitung des Transportarbeiterverbandes und des Omnibus- und Straßenbahnpersonals über die Frage der Teilnahme am Streik beschließen.

Alle Morgenblätter sind mit geringerer Spaltenzahl als während des Krieges erschienen. Sie erklären alle, daß die Eisenbahner sich die Sympathie des Publikums vollständig verscherzt hätten, und verlangen, daß der Konflikt bis zum Äußersten ausgekämpft werde.

Ein Teil der Eisenbahner auf den südlichen Strecken und in Schottland hat bereits einwilligt, den Dienst wieder aufzunehmen.

Das Ende der preußischen Finanzverwaltung

Die Abschiedsrede Dr. Südekums — Preußens schwierige finanzielle Lage — Was dem Reiche geopfert wurde

Berlin, 30. September.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Abg. **Meyer-Herford** (D. Vpt.) bittet, die Vorlage wegen der einmaligen Teuerungszulagen auf die morgige Tagesordnung zu setzen.

Präsident **Leinert**: Der Gegenstand wird morgen zur Beratung kommen.

Nach Erledigung kleiner Anfragen wird die Vorlage betreffend die Errichtung einer Provinz Oberschlesien an den Ausschuß zurückverwiesen.

Die zweite Haushaltsberatung wird beim Finanzministerium fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister **Braun**: Meine Verordnung vom 2. September betrifft die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Diese Verordnung ist in der Debatte erwähnt und auch zum Gegenstand einer Anfrage gemacht worden. Meine Verordnung ist eine Notverordnung gewesen. Sie hatte den Zweck, die diesjährige Ernte zu bergen und sicherzustellen. Es ist auch geglückt, die Gefahr eines Ernstestreiks zu beseitigen. Die Tarifverträge in der Landwirtschaft werden jetzt nur noch von Kommunisten und Unabhängigen und von einer kleinen Gruppe pommerscher Grundbesitzer unter Führung des Herrn v. Herzberg-Stettin bekämpft, die in novemberlichen Ideen befangen sind. Die Verordnung wird aufgehoben werden, sobald keine Gefahr mehr für die Ernte besteht.

Finanzminister Südekum:

Alle Parteien haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, an der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung unseres so schwer darniederliegenden Landes mitzuarbeiten. Aus rein sachlichen Gründen muß ich noch einmal auf die Auseinandersetzung zurückkommen. Nicht auf Veranlassung der Börse habe ich mich am Freitag mit der „Post" und der „Täglichen Rundschau" beschäftigt, sondern aus wohlerwogenen Gründen habe ich es getan, um ein weiteres Sinken der Valuta in der Schweiz zu verhindern, wodurch ein Schaden entstanden ist, der sich auf mehrere Millionen beläuft. In Bombezg ist nicht die Frage des Staatsbankerotts erörtert worden. Die „Tägliche Rundschau" hat meine Ausführungen im Parlamentsbericht unterschlagen. (Hört, hört!) Auch die „Post" hat nur an einer ganz verdeckten Stelle ein paar lendenlahme Worte gefunden. Auch die „Börsenzeitung" und der „Tag" haben die Notiz übernommen, wenn dieser sich auch vorsichtiger ausgedrückt hat. Die „Tägliche Rundschau" hat früher einen Mitarbeiter auf diesem Gebiet gehabt, der das Zeug zu einem deutschen Juvenal besaß, Wilhelm Petreng. Dieser ist auf dem Schlachtfeld gefallen. Jetzt hat sich das Blatt einen Ersatz zugelegt, der kümmerlich ist, wie jeder Kriegsersatz. Dieser Herr hat in die Polemik politischen Verdacht hineingeworfen. Ich sei böse darüber, daß mir die Bildung eines diktatorischen Triumvirats Südekum-Noske und noch einer verhindert worden sei. Dieser Gedanke ist von mir niemals gedacht worden. Wenn die „Vossische Zeitung" fragt, ob es denn erlaubt sei, daß der Finanzminister eine Meinung zum Staatsbankerott hätte, so begreife ich diese Frage. Aber es ist ja etwas ganz anderes, ob dies in irreführenden, verlogenen Nachrichten in der Oeffentlichkeit erscheint.

Unsere Finanzlage ist so, daß wir nur absolut notwendige Ausgaben machen dürfen, die wir noch nicht einmal von unseren Einnahmen decken können. Solange wir jährlich 10—15 Millionen Fehlbetrag bei den Eisenbahnen haben, werden unsere Finanzen nicht wieder in Ordnung kommen. Es wäre kein Grund zu übertriebener Besorgnis, wenn die Entente, die sich auf die 14 Punkte Wilsons festgelegt hatte, ihr Wort gehalten hätte. In weniger als einem Menschenalter hätten wir die Folgen dieses Krieges sicher überwunden. Aber das ist alles durch den Friedensvertrag zu Schanden geworden. Wie sollen wir ihn erfüllen, ohne daß das ganze Reich in Stücke geht? Angstgefeit sagen die französischen Staatsmänner zu ihrem Volk: Die Boches müssen alles bezahlen. Darüber haben auch noch andere als die Franzosen ein Wort mitzureden, die sich sadistisch daran weiden, wie sie uns verbluten lassen wollen. Die preußische Finanzverwaltung muß sich immer wieder fragen, wie das Reich zahlungsfähig bleiben kann.

Wir geben die eigene Steuerhoheit auf;

wir sind uns dieses harten Loses bewußt. Im § 46 der Reichsabgabenordnung steht, daß wir von dem Reich niemals so viel aus der Einkommensteuer zugewiesen erhalten, wie die durchschnittliche Belastung der Jahre 1917—19 beträgt und daß diese Zuweisung niemals so viel ausmachen wird, wie das Jahr 1919 gebracht hat, dazu gerechnet 6 Prozent Zuschlag in jedem folgenden Jahr. Man vermißte die Sicherung für Gemeinden, aber ich durfte mein Schifflein nicht zu schwer belasten. Diese Sicherung mußten wir verlangen. Die Lebenskraft der Gemeinden beruhigt mich über deren Schicksal. Dazu bleiben ja den Gemeinden die Ertragsteuern und auch die Gemeindebezüge werden wieder zu Ueberschußquellen werden. Für das finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Gemeinde sind uns Richtlinien angegeben worden. Wir müssen einen Lastenausgleich für das ganze Land haben. Von der Gestaltung der Reichseinkommensteuer und der Ueberführungsbedingungen wird die Uebergabe in Zukunft abhängen.

Bei der Uebergabe unserer Eisenbahnen auf das Reich müssen unsere Staatsschulden restlos vom Reich übernommen werden, denn wir können diese Schuldenlast nicht weiter tragen. Es besteht sonst für unsere Volkswirtschaft Gefahr, wenn auch anders, als bisher. Auch unsere Volkswirtschaft lebt jetzt von dem, was sie von unseren Vorfahren erbt, aber auch zum Teil davon, was die Nachkommen erst schaffen wollen. Wir stehen am Vorabend großer organisatorischer Aenderungen unseres Steuersystems. Morgen geht die Veranlagung der Steuerverwaltung der direkten Reichssteuern und der preußischen direkten Steuern von den preußischen Behörden auf die Reichsfinanzbehörden über. Alle preußischen Steuerbeamten treten damit in den Reichsdienst ein. Nur noch die Ertragssteuer, die Grund- und Gebäudesteuer, die den Gemeinden zufließen, werden noch preußischen Dienststellen unterstellt sein. Der Grundsatz, die direkten Steuern den Einzelstaaten vorzubehalten, wird sich nicht mehr aufrechterhalten lassen. Die Loslösung der Steuergesetze von den Behörden der allgemeinen Steuerverwaltung in Landkreis und Provinz ist schon seit langer Zeit in Preußen beabsichtigt. Die preußischen direkten Steuern haben sich seit 27 Jahren von einer Einnahme von 18 Millionen aus der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer auf 19 Milliarden jetzt erhöht. Noch bedeutsamer ist die indirekte Steuer. Die Uebernahme der bisher durch eine Zentralstelle geführte Zentralverwaltung auf das Reich wird viele verdiente Beamte schmerzen, aber sie werden sich damit trösten, daß dieses Opfer nötig ist. Preußen hat seine historische Sendung erfüllt. Das preußische Finanzministerium ist der großen Not seines Vaterlandes von 1808 bis jetzt gerecht geworden und hat der Arbeiterschaft die rationelle Fortführung der preußischen Finanzen bis heute gesichert. Gerade auf dem Gebiete der Zoll- und indirekten Steuern haben die hervorragendsten Chefs der Behörden bis zu Miquel den Ruhm preußischer Finanzverwaltung begründet. Die jetzige Aenderung hat nicht nur eine technisch-organisatorische Bedeutung, es handelt sich um Verzichten von höchster politischer Art. Diese Abtrennung ist das sichtbare Zeichen des Endes der Finanzhoheit. Das preußische Staatsministerium und die preußische Landesversammlung haben ein großes Stück Selbständigkeit geopfert, weil dies für die Sicherung von Reich, Land und Gemeinde unerläßlich war. Möge dieses Opfer nicht umsonst gebracht worden sein, sondern zum Wohle Preußens, dessen Verdienste um Deutschlands Einheit richtig zu würdigen einem leidenschaftsloseren Geschlecht vorbehalten bleiben mögen. Morgen wird sich die schwarz-weiße Fahne im Finanzministerium senken und wird hinübergrüßen zur schwarz-rot-goldenen auf dem Gebäude des Reichsschatzamtes, und ihr letzter Gruß wird den scheidenden Mitgliedern des Hauses gelten, die mir treu zur Seite gestanden haben in diesen schweren Wochen und Monaten und die ehrenden Anteil nehmen an unser aller Ziel, unser engeres und weiteres Vaterland aus diesen schweren Tagen einer besseren Zukunft zuzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **von Richter** (D. Vp.): In der Uebertragung der Steuerhoheit auf das Reich liegt die Aufgabe der Souveränität der Einzelstaaten, und sie ist auch mit der Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise und Gemeinden unvereinbar. Die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer muß einheitlich im ganzen Reiche durch die Reichsbehörden erfolgen. Das schwerste Bedenken gegen das Reichsnotopfer, daß es von der Entente mit Beschlag belegt werden könne, ist von keiner Seite widerlegt worden. Wer jetzt nicht am Wiederaufbau des Vaterlandes mitarbeitet, fällt mit Recht der Verachtung anheim. Erfreulicherweise hat die Sehnsucht, zu Ruhe, Ordnung und Arbeitsmöglichkeit zu kommen, jetzt auch die weitesten Arbeiterkreise wieder ergriffen.

Abgeordneter v. Kries (Dschntl.):

Ich unterschreibe das, was meine Vorredner über den Zeitungskrieg gesagt haben. Meine Freunde meinten, daß der Finanzminister das Recht und die Pflicht hätte, die falschen Meldungen zurückzuweisen, aber darin mußte er sich beschränken, er wußte, daß die „Börsenzeitung" selbst Notizen in noch stärkerer Aufmachung gebracht hat. Es liegt kein Grund vor, die Sache heute nochmals vorzubringen. (Zustimmung rechts.) Die finanziellen Ausführungen des Finanzministers riefen im allgemeinen die Billigung meiner Freunde hervor, aber wir sind nicht so hoffnungsvoll. In der Besoldungsfrage würden die Reichsbeamten nicht besser gestellt werden als die preußischen. Bei der Neuordnung der Beamtengelder lassen sich die bisherigen Gehaltsklassen nicht aufrecht erhalten. Sie müssen wesentlich verringert werden, aber es geht zu weit, wenn die Beamten nur drei Gehaltsklassen für untere, mittlere und höhere Beamte verlangen. Das Einkommen beider Beamtenklassen ist jetzt geringer, als das der gelernten Arbeiter. Den Beamten muß ein standesgemäßer Lebensunterhalt zugesichert werden. Wir wollen weniger Beamte, aber gutbezahlte, damit nicht die besten Kräfte dem Staate entzogen werden. Die Arbeiterräte in den Eisenbahn- und Bergwerksdirektionen sind überflüssig geworden und müssen abgeschafft werden. Die Anstellung der Beamten muß möglichst frühzeitig erfolgen. Die Anfangsgehälter müssen erhöht und das Höchstgehalt muß schneller erreicht werden. Einen Unterschied im Gehalt nach dem Familienstand für verheiratete und unverheiratete Beamte machen wir nicht. Das Gehalt für gleiche Leistungen muß gleich sein und der Unterschied des Familienstandes muß bei den Ortszulagen und bei dem Wohnungsgeld berücksichtigt werden. Bei der Auswahl der Beamten muß freie Bahn für den Tüchtigen sein, aber dieser Grundsatz muß mit Vorsicht angewandt werden, namentlich bei dem Andrang zu den höheren Stellen. Wir brauchen tüchtige, durchaus gebildete Beamte in den leitenden Aemtern. Wir sind auch gegen die Abschaffung der Examina, bei der Anstellung der höheren Beamten kommt es darauf an, daß diese sich faktisch in Aufgaben und Steuern hineinfinden. Die geschwächte Moral innerhalb unseres Beamtenkörpers muß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910011-19/fragment/page=0001

wieder gesunden. Die Beamten und Lehrer bleiben doch in großer Mehrheit da, auch wenn sie die Auffassung der Regierung nicht teilen. Die neuen Reichstagsfragen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung, vorher Gesetzentwurf betreffend einmalige Teuerungszulage, nachher Nachtragsetat. Schluß 5¼ Uhr.

Nationalversammlung

Die erste Sitzung in Berlin. — Annahme des Notetats. — Die Tumultschädenfrage.

Berlin, 30. September.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. und wünscht der Nationalversammlung einen segensreichen Einzug in ihr Berliner Heim.

Abg. Lüde (Soz.) fragt an, ob die Regierung das Vorgehen des Volksbundes in Sachen der Kriegsgefangenen billige.

Regierungskommissar Stücker: Das unqualifizierbare Vorgehen des Volksbundes hat der englischen Regierung erst das Material geschafft, das diese gegen unsere Kriegsgefangenen ausspielte. Die Kriegsgefangenen haben sich dankbar und erfreut gezeigt, daß sie von der Heimat in so herzlicher Weise willkommen geheißen wurden.

Sodann wird der Notetat in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden.

Abg. Heimann (Soz.): Jede Haftung lokaler Gemeinden für Schäden aus Unruhen müßte ausgeschlossen sein. Ich beantrage Ueberweisung an den Hauptausschuß.

Abg. Ahlhorn (Ztr.): Wir können den Grundgedanken des Gesetzes nicht billigen, daß die Revolutionsschäden auf gleiche Grundlage wie die Kriegsschäden gestellt werden sollen. Ich beantrage Ueberweisung an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Baerwald (Dem.): Das Gesetz setzt geradezu eine Prämie auf Plünderung. Vielleicht kann man auch die Veranstalter der Unruhen zu der Entschädigung heranziehen. Ich beantrage Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Unterstaatssekretär Lewald: Die Unruhen werden in den meisten Fällen von Mitgliedern der Gemeinden, nicht von Fremden, erregt, also ist die Gemeinde verantwortlich. Gerade wenn die Schäden voll ersetzt werden würden, dann wäre das eine Prämie auf die Plünderung. Es muß bedacht werden, daß wir vielleicht noch nicht am Ende der Tumulte stehen. Heute ist es unmöglich, daß das Reich die Schäden in ihrem ganzen Umfange ersetzt.

Abg. Vermuth (Deutschnat.): Die Haftpflicht der Gemeinden kann nicht ganz ausgeschaltet werden, zumal die Schäden nicht nur durch die Tumultuanten, sondern auch bei der Abwehr verursacht werden.

Um 6¼ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Außerdem Interpellation Heinze: Valutafrage.

*

Die künftige Arbeit

Berlin, 30. September.

Der Aeltesten-Ausschuß der Nationalversammlung hielt eine Sitzung ab, um die Geschäftslage zu beraten. Es sollen die Interpellationen Heinze über die Valutafrage und sodann die Interpellation der Demokraten über die Kleinwohnungsfrage zur Erledigung kommen. Weiterhin soll der Bericht des Hauptausschusses über die Zukunft der Heeresbetriebe fertiggestellt werden. Wenn die Ergänzungen zum Haushaltplan vollständig eingegangen sind, sollen diese behandelt und der Gesamthaushaltplan etwa bis zum 21. Oktober fertig werden. Die Reichseinkommensteuer soll inzwischen zur ersten Lesung gebracht werden und dann in den Ausschuß kommen. Auch während der Pause, die am 21. Oktober auf drei oder vier Wochen beginnt, soll weiterverhandelt werden. Ueber die Erledigung der Steuergesetze sei ein Beschluß noch nicht gefaßt.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung beschloß, im ganzen vier Unterausschüsse einzusetzen.

Zuckerfragen im Reichsrat

Berlin, 30. Sept.

In seiner heutigen Vollsitzung stimmte der Reichsrat zunächst einem vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung angenommenen Entwurf einer Verordnung über während des Betriebsjahres 1919/20 zuzulassende Abweichungen vom Gesetz über das Branntweinmonopol zu. Zu dem Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker erklärte der Berichterstatter, Ministerialdirektor Schneehaupt, daß noch nicht halb so viel Zuckerrüben angebaut seien wie in dem letzten Friedenswirtschaftsjahr. Daher könne man nur mit einer Zuckererzeugung von 8—9 Millionen Doppelzentnern rechnen. Die Zuckerversorgung solle zum Zwecke des Anreizes zum Anbau durch Preiserhöhung gebessert werden und ferner durch Einfuhr von Zucker. Gegen die Preiserhöhung führte der bayerische Vertreter aus, daß sie zu hoch sei und den berechtigten Unwillen der Verbraucher hervorrufen würde. In gleicher Weise äußerten sich auch die Vertreter anderer Regierungen.

Die Arbeit der Ausschüsse

Das Reichsnotopfer

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer nahm zu § 19 (Anrechnung von Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen) einen Antrag an, wonach solche Prämien, die behufs Zeichnung von Kriegsanleihe gezeichnet worden sind, nach dem Stande der Anleihe vom 31. Dezember 1919 anzusetzen sind. Bis zur nächsten Sitzung wird der Finanzminister eine Uebersicht über den Gesamtbedarf und die Gesamtleistung des Steuerzahlers auf Grund seiner Steuergesetze dem Ausschusse vorlegen. Den Vorschlag des Demokraten Henrich, die einmalige Vermögensabgabe durch eine jährliche Vermögenssteuer zu ersetzen, lehnte der Finanzminister ab, weil damit der Kapitalrentensteuer der Weg bereitet würde.

Die Reichsabgabenordnung

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung nahm § 176 in der vom Zentrum beantragten und vom Regierungsvertreter gebilligten Fassung an, daß ein Betreten der Grundstücke und Räume der Steuerpflichtigen durch Finanzbeamte nur zulässig ist, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle nötige Abschätzungen innerhalb der üblichen Geschäfts- oder Arbeitsstunden vorzunehmen. Wertsachen hat der Steuerpflichtige auf Verlangen vorzulegen und Einsicht in die Behältnisse zu gewähren oder zu verschaffen, in denen er sie aufbewahrt. § 176 wurde unverändert angenommen mit der Bestimmung, daß auf Verlangen des Finanzamtes der Steuerpflichtige von ihm behauptete Tatsachen durch Versicherung an Eidesstatt erhärten muß. Ein demokratischer Antrag, diese Bestimmung zu streichen, für den sich auch die Deutschnationalen erklärten, war vom Regierungsvertreter, vom Zentrum und den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen bekämpft worden. Unverändert angenommen wurden die Paragraphen betreffend Vernehmung von Zeugen vor dem Finanzamt, insbesondere auch von Angestellten, und Aufhebung der Schweigepflicht öffentlicher Behörden und Beamten den Finanzämtern gegenüber. Eine längere Erörterung führte § 189 herbei, wonach Sparkassen und Banken, Hinterlegungsstellen, Postscheckämter und Schuldbuchverwaltungen dem Finanzamt ein Verzeichnis ihrer Kunden vorzulegen und regelmäßig monatlich Veränderungen im Kundenbestande anzuzeigen haben. Von deutschnationaler Seite wurde diese Bestimmung bekämpft und beantragt, lediglich zu bestimmen, daß die Banken usw. auf Anfrage Auskunft zu geben und den Bevollmächtigten der Steuerbehörde Einsicht in die Bücher zu gewähren haben. Die Regierungsvertreter verteidigten demgegenüber lebhaft die Regierungsvorlage, die ja nur ein Kundenverzeichnis verlange, damit die Steuerbehörden Stichproben machen können. Ein demokratischer Abgeordneter hielt es für genügend, wenn über dem Haupte des Steuerzahlers als Damoklesschwert das Recht der Steuerbehörde schwebe, Stichproben in Banken usw. vorzunehmen. Vor der Entscheidung solle man Sachverständige hören. Die Beratung dieser Frage wurde verschoben und im übrigen die Vorlage bis § 208 angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Reichsnotetat

Die ersten 15 Milliarden für den Schmachfrieden

Der Nationalversammlung ist heute der Notetat zugegangen, in dem unter anderm 133 334 000 Mark zur Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an Beamte und Lohnangestellte, sowie an Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene angefordert werden, ferner 1,4 Milliarden Mark für die Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts, der Reichsmarine und für das Kommando der Schutztruppen, sowie 1,5 Milliarden Mark für Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für Wiederaufbau, sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges. Der Notetat wurde in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses angenommen.

Die ersten 15 Milliarden! Das ist mehr als eine kriegsstarke Anleihe, für die das deutsche Volk damals mit aller Begisterung und mit vollen Händen gab. Jeder brachte gern das Opfer und suchte das letzte heraus, um es dem Vaterlande für den Krieg zu leihen. Und nun müssen wir für die Feinde mehr als eine Kriegsanleihe aufbringen, um einem Bruchteil der großen Schuld zu sühnen, die uns der Frieden von Versailles gebracht hat. Das wird sich in jedem Jahre wiederholen: Lasten über Lasten für die Abtragung einer Schuld, deren Endsumme jetzt noch nicht einmal festgelegt ist und die eine Schraube ohne Ende zu werden droht. Es gibt ja immer noch Leute, die sich durch die tönenden Worte der rührigen Regierungsmänner einschüchtern lassen. Sie dürften aber an diesen Zahlen inne werden, wohin uns der voreilig geschlossene Waffenstillstand und der Frieden von Versailles gebracht haben. Die Fronarbeit für die Entente beginnt mit dieser ersten Milliardenreihe, die der Haushaltsausschuß bereits angenommen hat, und es ist nur ein schwacher Trost, wenn der preußische Finanzminister Dr. Südekum im Preußenparlament sagte, daß auch der Bau der Entente nicht in den Himmel wachsen wird. Wir müssen arbeiten, zahlen und wieder zahlen. Es ist fraglich, ob es unseren Kindern schon besser ergehen wird.

Wie wir überwacht werden

Amsterdam, 30. September.

Reuter meldet aus Paris, daß der Oberste Rat beschlossen hat, darauf zu bestehen, daß Deutschland den Erlös aus dem Verkauf der Luftschiffe aushändigt.

Die Reichsschulkonferenz

Berlin, 30. Sept.

Im Reichsministerium des Innern findet vom 20. bis 23. Oktober eine Reichsschulkonferenz statt, an der auch die Kultusminister sämtlicher Gliedstaaten teilnehmen. Auch der Deutsche Städtetag, der Reichsstädtebund und der Verband Deutscher Großstädte wird dort vertreten sein.

Die Ernährungsaussichten für das kommende Wirtschaftsjahr

Der Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium Peters hielt gestern der Presse einen Vortrag über die Zwangswirtschaft und die Ernährungsverhältnisse in Deutschland. Nach einer Polemik gegen die Anhänger der freien Wirtschaft, auf die an dieser Stelle einzugehen sich erübrigt, schilderte der Unterstaatssekretär die Ernährungsaussichten für das kommende Wirtschaftsjahr. Er bezeichnete diese auf Grund einer wesentlich besseren Ernte, als wir sie in den früheren Jahren gehabt haben, als gut. Grund zum Pessimismus sei nicht vorhanden. (Wir begegnen diesem Optimismus des Herrn Unterstaatssekretärs mit berechtigtem Zweifel. Bisher sind wir noch immer mit ähnlichen Worten getröstet worden, aber das traurige Ende kam regelmäßig mit absoluter Sicherheit. D. Red.)

Die Getreideernte ist nach den Ausführungen des Referenten so ergiebig gewesen, daß, wie wir noch an anderer Stelle berichten, die Ausmahlung wesentlich herabgesetzt werden konnte und somit zum ersten Male seit fünf Jahren wieder Kleie in genügendem Maße produziert wird, wodurch sich auch die Aussichten auf eine erhöhte Milch- und Fettproduktion bessern.

Ueber die Kartoffelernte läßt sich jetzt noch kein genauer Ueberblick geben, jedoch hat es auch hier den Anschein, daß wir für das gesamte Wirtschaftsjahr ausreichen werden (?) Um der in dieser Beziehung sehr unangenehmen Transportfrage zu begegnen, soll den Verbrauchern in noch weitgehenderem Maße als bisher Gelegenheit geboten werden, sich auf einmal für einen größeren Teil des Wirtschaftsjahres mit Kartoffeln einzudecken.

Bei der Fleischversorgung ist vorderhand auf eine Besserung nicht zu rechnen.

Die Fettversorgung wird in der nächsten Zeit stark auf Margarineerzeugung aufgebaut werden, und zwar aus dem Grunde, weil die inländischen Erzeugnisse durchaus ungenügend sind, um die Bevölkerung mit diesem für die Ernährung des menschlichen Körpers — besonders in der kalten Jahreszeit — notwendigsten Nahrungsmittel ausreichend zu versorgen, auf der anderen Seite die Einfuhr an ausländischen Fettprodukten eine sehr beträchtliche ist.

*

Ende des Seemannsstreiks?

Bremen, 30. September.

Wie die Blätter berichten, scheint der Streik im Hafen nach Annahme folgender Resolution, die in einer Versammlung von streikenden Transportarbeitern, zu der auch 40 Seemannsbündler erschienen waren, gefaßt wurde, sein Ende erreicht zu haben. Die Resolution lautet:

„Die Versammlung erklärt, daß die Arbeit mit der Mottwierung aufgenommen wird, daß von seiten der Arbeitgeber keine Maßregelungen stattfinden, weder bei den Seeleuten noch bei den Hafenarbeitern. Die fremden Hafenarbeiter haben den Hafen sofort zu verlassen. Wer bis Sonnabend, den 4. Oktober die Arbeit nicht aufnimmt, hat die Konsequenzen selber zu tragen."

Es wird angenommen, daß die Hafenarbeiter jetzt die Arbeit wieder aufnehmen werden. Bis dies aber feststeht, werden die Freiwilligen ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Reeder werden voraussichtlich die Forderung, daß auch die streikenden Seeleute nicht gemaßregelt werden sollen, annehmen.

Weitere Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks

Neue Verschärfung der Lage. Generalstreik in Sicht?

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. September.

Auch heute ist, wie der Verband der Metallarbeiter mitteilt, eine Ausdehnung des Streiks der Metallarbeiter festzustellen. Der Gesamtausstand der Metallarbeiter wird in Kürze eingetreten sein. Die Zahl der Streikenden beträgt augenblicklich über 21 000 und wächst ständig. In den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Reinickendorf liegt seit heute die Arbeit darnieder, ebenso in 15 Betrieben. Die Streiklage wird sich nach Ansicht des Verbandes am Donnerstag sehr verschärfen. Sollte das Reichsarbeitsministerium keinen Weg zu einer gütlichen Einigung finden können, so besteht die Gefahr eines allgemeinen Generalstreiks für Berlin. Am Donnerstag werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch alle Licht- und Kraftwerke eingestellt werden. Auch die Arbeiter der Elektrizitätswerke wollen sich bis Donnerstag mittag um 11 Uhr entschieden haben. Heute nachmittag hat sich Oberbürgermeister Wermuth zum Reichsarbeitsminister Schlicke begeben, um mit ihm über die Lage zu verhandeln.

„Wir und Sowjetrußland . . . ."

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 30. September.

Die zu heute abend einberufenen Versammlungen des Spartakusbundes mit der Tagesordnung: Wir und Sowjetrußland, sowie die sämtlichen kommunistischen Verbände sind alle von Reichswehrtruppen aufgelöst worden. Nirgends kam es zu Ruhestörungen.

Siegreiches Vordringen Koltschaks

Eigene Drahtmeldung der „H. 8."

Genf, 20. September.

Nach einer Kopenhagener Meldung hat Admiral Koltschak seine Offensive auf der ganzen Front wieder aufgenommen. Seine Truppen stehen zurzeit 33 Kilometer von Tobolsk. Die Armee des Generals Denekin setzt ebenfalls ihren Vormarsch nach der Eroberung von Kursk weiter fort und steht bereits 50 Kilometer von Orel in der Richtung Moskau.

Die Regierungskrise in Bayern

Der Kuhhandel des Zentrums.

München, 30. September.

Wie die „Münchener Zeitung" von besonderer Seite hört, ist die bayerische Volkspartei bereit, beim Ausscheiden der mehrheitssozialistischen Minister den Posten des Ministerpräsidenten und ihrer Stärke entsprechend die Mehrzahl der Ministerposten zu besetzen. Unmittelbar nach diesen durch das parlamentarische System bedingten Veränderungen sollen aber Neuwahlen in Bayern ausgeschrieben werden. Das Zentrum will durch diesen Schritt entweder durch Stärkung der nichtsozialistischen Parteien seine Basis verbreitern oder bei einem Siege der Linksradikalen die Regierung an diese wieder abgeben.

Der Konflikt Hirsch—Erzberger

Oppeln, 30. September.

Wie „T. U." erfährt, finden heute, Dienstag, nachmittag in Berlin wichtige Besprechungen über die oberschlesische Frage statt, an welchen das Reichskabinett, das preußische Kabinett, die oberschlesischen Abgeordneten der preußischen Landesversammlung, eine aus zwei Zentrumsleuten, zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten (!) bestehende Fünferkommission, ferner der Oppelner Regierungspräsident und auch der Reichskommissar Hörsing teilnehmen. Zweck der Sitzung ist die Klärung der Unstimmigkeiten zwischen den bekannten Kundgebungen Erzbergers in der oberschlesischen Frage und den Ausführungen des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch.

Französischer Haß ohne Ende

Paris, 30. September.

Die Friedenskommission der Kammer hat endgiltig folgenden Wortlaut des Vorschlages, der in ihrem Namen der Kammer unterbreitet werden soll, angenommen:

„Die Kammer lädt die Regierung ein, sich mit den alliierten und assoziierten Mächten hinsichtlich der Durchführung aller Maßnahmen zu verständigen, die die Entwaffnung Deutschlands und seiner Alliierten wirksam gestalten durch das Verbot gewisser Kriegsfabrikationen und Erlassung aller übrigen als notwendig erachteten Bestimmungen. Die Verwaltungskommission der C.G.T. prüfte die Lage der Verhandlungen über die Arbeitsverträge zwischen der französischen Regierung und gewissen auswärtigen Regierungen. Sie beschloß, bei der französischen Regierung in dem Sinne vorstellig zu werden, daß den auswärtigen Arbeitern volle Gleichberechtigung mit den französischen Arbeitern zugestanden wird.

Bulgarische Trauer

Paris, 30 September.

Dem „Temps" wird aus Sofia gemeldet: Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen hat große Bestürzung hervorgerufen. Zahlreiche Blätter tragen einen schwarzen Trauerrand. Die Kaffees und öffentlichen Gebäude werden auf Anordnung des Ministers des Innern zum Zeichen der Trauer um 9 Uhr abends geschlossen. Die Zeitungen erklären, daß der Vertrag unannehmbar sei. Es heißt indessen, daß die öffentliche Meinung nach und nach zu einer besseren Einschätzung der für Bulgarien geschaffenen Lage gelangt.

Interessante Dokumente

In der Nationalversammlung fragt der Abg. Rießer die Reichsregierung:

Der frühere Ministerpräsident Scheidemann hat am 11. September in Kassel in einer öffentlichen Versammlung mitgeteilt, daß er mit anderen Mitgliedern der damaligen Regierung sich zur Festhaltung des früheren Standpunkts einer Ablehnung des Friedensvertrags auch um deswillen entschlossen habe, weil er

„auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Ausland gehofft habe, daß einige Wochen der Weigerung genügen würden, um eine gründliche Revision des Vertrags herbeizuführen."

Ist die Reichsregierung bereit, den Inhalt dieser wichtigen Berichte, die leider der Nationalversammlung vor der Abstimmung nicht mitgeteilt worden sind, nunmehr zur Kenntnis der Versammlung zu bringen oder die Gründe anzugeben, aus welchen diese Mitteilung seinerzeit nicht erfolgt ist?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910011-19/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 1 Oktober.

Fahnen heraus!

Den 2. Oktober, den Geburtstag Hindenburgs, bitten wir unsere politischen Freunde durch reichen Flaggenschmuck zu ehren. Unter dem schwarz-weißen und dem schwarz-weiß-roten Banner sind Preußen und Deutschland groß geworden, und nur in diesem Zeichen kann das zusammengebrochene Reich sich wieder erheben. Der Geburtstag des Mannes, den unser Volk als seinen getreuen Eckart verehrt, ist eine Gelegenheit, die Erinnerung an die große Zeit in den breiten Volksmassen wachzurufen. Lasse sich niemand von demokratischen Hausbesitzern, wie dies am Sedantage leider geschehen ist, daran hindern, durch Herausstecken schwarz-weiß-roter oder schwarz-weißer Fahnen seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben.

Besseres Brot

82 Prozent Ausmahlung. — Eine Preiserhöhung unbedingt notwendig.

Die Regierung verlautbart:

Die schon seit geraumer Zeit vielfach dringend verlangte niedrigere Ausmahlung des Brotgetreides, die ein wohlschmeckenderes und bekömmlicheres Brot ergibt, wird nach Auskunft der Reichsgetreidestelle von Mitte Oktober ab verwirklicht werden. Während bisher Roggen und Weizen eine Ausmahlung von 94 Prozent erfuhren, wird der Roggen nach dem 15. Oktober nur zu 82 Prozent und der Weizen zu 80 Prozent ausgemahlen werden. Bei Gerste erfolgt die Herabsetzung bis zu 75 Prozent. Es ist klar, daß die Folgen der niedrigeren Ausmahlung sich nicht schon vom 16. Oktober ab in Gestalt eines besseren Brotes bemerkbar machen können. Vielmehr müssen die vorhandenen und bis zum 15. Oktober entstehenden Mehlbestände aufgearbeitet werden. Je nach dem Umfange der Vorräte an 94prozentigem Mehl kann in den einzelnen Kommunalverbänden das bessere Brot erst einige Zeit später von dem Bäcker hergestellt werden. Die wesentliche Qualitätsverbesserung des Brotes ist natürlich auch auf die Gestehungskosten des Brotes nicht ohne Einfluß, wozu noch der gegen das Vorjahr höhere Getreidepreis, Mahllohn und sonstige Erhöhungen der Unkosten (Kohlen usw.) treten. Da es nicht möglich ist, die Differenz zwischen dem jetzigen und künftigen Preise gänzlich aus Reichsmitteln zu begleichen, wird sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht umgehen lassen.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren

Vom 1. Oktober 1919 ab beträgt im inneren Verkehr des Reichs-Postgebiets sowie im Verkehr mit Bayern und Württemberg die Gebühr: für Fernbriefe bis 20 Gr. 20 Pfg., über 20 bis 250 Gr. 30 Pfg.; Ortsbriefe bis 20 Gr. 15 Pfg., über 20 bis 250 Gr. 20 Pfg.; für Fernpostkarten 15 Pfg.; für Ortspostkarten 10 Pfg.; für Rohrpostbriefe 60 Pfg.; für Rohrpostkarten 50 Pfg.; für Drucksachen bis 50 Gr. 5 Pfg., über 50 bis 100 Gr. 10 Pfg., über 100 bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 40 Pfg.; Geschäftspapiere bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg., über 500 Gr. bis 1 Kilogramm 40 Pfg.; Warenproben bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 Gr. bis 500 Gr. 30 Pfg.; Mischsendungen bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg., über 500 Gr. bis 1 Kilogr. 40 Pfg.; für Postauftragsbriefe 75 Pfg.; für Briefe mit Wertangabe: 1. im Fernverkehr bis 20 Gr. 50 Pfg., über 20 bis 250 Gr. 60 Pfg., 2. im Ortsverkehr bis 20 Gr. 45 Pfg., über 20 bis 250 Gramm 50 Pfg., dazu eine Versicherungsgebühr von 40 Pfg. für je 1000 Mk. Wertangabe; für Postanweisungen bis 5 Mk. 20 Pfg., über 5 bis 100 Mk. 40 Pfg., über 100 bis 250 Mk. 60 Pfg., über 250 bis 500 Mk. 80 Pfg., über 500 bis 1000 Mk. 1 Mk.; für Pakete (Meistgewicht 20 Kilogr.) bis 5 Kilogr. Nahzone 75 Pfg., Fernzone 1,25 Mk., über 5 bis 10 Kilogr. Nahzone 1,50 Mk., Fernzone 2,50 Mk., über 10 bis 15 Kilogr. Nahzone 3 Mk., Fernzone 5 Mk., über 15 bis 20 Kilogr. Nahzone 4 Mk., Fernzone 6 Mk.; für Einschreibpakete tritt eine Einschreibgebühr von 80 Pfg., für Pakete mit Wertangabe die Einschreibgebühr von 80 Pfg. und eine Versicherungsgebühr von 40 Pfg. für je 1000 Mark Wertangabe hinzu (jedem Paket ist eine Paketkarte beizugeben); für die Eilbestellung bei Vorausbezahlung: 1. nach dem Ortsbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 50 Pfg., b) für ein Paket 75 Pfg.; 2. nach dem Landbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 1 Mk., b) für ein Paket 1,50 Mk.

Sonstige Gebühren: Einschreibgebühr 80 Pfg.; Gebühr für das Vorzeigen von Nachnahmesendungen 25 Pfg.; Ausfertigungsgebühr für das Ueberweisungstelegramm bei telegraphischen Postanweisungen 25 Pfg.; Gebühr für dringende Pakete 2 Mk.; Zustellungsgebühr 40 Pfg.; Rückscheingebühr 40 Pfg.; Einlieferungsgebühr für außerhalb der Schalterstunden eingelieferte Einschreibesendungen und Pakete 40 Pfg.; Gebühr für Unbestellbarkeitsmeldungen 50 Pfg.; Gebühr für Erlaß eines Laufschreibens 40 Pfg.; Gebühr für Bestellschreiben wegen Nachlieferung von Zeitungen 25 Pfg.

Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, unterliegen dem Freimachungszwang.

Das bisherige Bestellgeld kommt für alle Sendungen, mit Ausnahme der Eilsendungen und der Zeitungen, in Wegfall.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt: im Stadtverkehr für das Wort 8 Pfg., mindestens 80 Pfg., im sonstigen inländischen Verkehr für das Wort 10 Pfg., mindestens 1 Mk.

Hallischer Bürgerverein

In der letzten Sitzung wurde der Zeitpunkt für die nächste Ausschußsitzung auf Mittwoch, den 8. Oktober, festgesetzt. Herr Stadttheater-Intendant Direktor Sachse wird über „Neue Bahnen im Betriebe der städtischen Theater" sprechen. Sodann wurde mitgeteilt, daß als Vortragender für die zusammenhängende Vortragsreihe über bedeutende kommunalpolitische und wirtschaftliche Fragen Prof. Dr. Joerges gewonnen worden ist. Die Vorträge beginnen am 31. Oktober.

Eine rege Aussprache fand über das Thema „Einwohnerwehr" statt. Es herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß es Pflicht der gesamten Bürgerschaft sei, sich mit allen Kräften zu beteiligen. Der neuerdings hier und da hervortretenden Ansicht, als sei die Einwohnerwehr Sache einer einzelnen Partei, wurde widersprochen. Von einer Parteinahme gegen Hallische Bürger könne keine Rede sein. Die von kommunistischer Seite verbreitete Behauptung, die Einwohnerwehr diene der Gegenrevolution, wurde als lächerlich bezeichnet.

Bei Behandlung von Wohnungsfragen kam insbesondere die Frage der Zwangseinquartierung zur Besprechung. Gegenüber den Bestrebungen, die sogar 5-Zimmerwohnungen mit Zwangseinquartierung belegen möchten, verhielt sich die Versammlung ablehnend. Man hielt das für eine so tief ins Familienleben einschneidende Maßnahme, die nicht verantwortet werden könne, bevor nicht alle anderen Mittel zur Linderung der Wohnungsnot erschöpft seien. Die vom Wohnungsamt angegebene Zahl von wirklich in Wohnungsnot sich befindenden Familien wurde insofern angezweifelt, als beispielsweise in der Zahl von 1500 Wohnungsuchenden auch alle Unverheirateten mit enthalten seien, die erst einen neuen Haushalt zu gründen gedächten. Hier könne man darum noch nicht von Wohnungselend oder Wohnungsnot, sondern nur von einem Wohnungsbedürfnis sprechen.

Ausgabe der Kartoffelbezugsscheine.

In den nächsten Tagen gelangen die ersten für den Landbezug geltenden Bezugsscheine zur Ausgabe. Die empfangsberechtigten Haushalte werden in jedem einzelnen Falle durch Postkarte aufgefordert, die Bezugsscheine abzuholen; hierbei ist außer der erhaltenen Postkarte der Lebensmittelschein vorzulegen. Für jeden bestellten Zentner ist eine Kommissionsgebühr von 20 Pfg. und für jeden Schein seine besondere Bezugsscheingebühr von 25 Pfg. zu entrichten.

Sofort nach Empfang der bestellten Kartoffeln sind die Kartoffelkarten nebst dem Bezugsschein — bei Nahtversand auch der Frachtbrief — in dem in den Brotmarkenstellen erhältlichen amtlichen Briefumschlag in der Kartoffelkartenstelle des Stadternährungsamtes, unter Vorlage des Lebensmittelscheines abzugeben. Kartoffelmarken ohne diesen Briefumschlag werden nicht angenommen. Der Verbraucher muß dann entsprechend dem späteren Abgabetermin mit dem bezogenen Vorrat länger reichen.

Beim Bezuge vom Landwirt ist der Bezugsschein vom hiesigen Empfangsberechtigten dem Landwirt auszuhändigen. Der Landwirt hat den oberen Teil dieses Scheines seinem Gemeindevorsteher zu übergeben. Den unteren Teil des Bezugsscheines, die Ausfuhrgenehmigung, hat bei Bezug durch Fuhrwerk der Geschirrführer beim Transport bei sich zu führen als Ausweis der Berechtigung zur Ausfuhr der Kartoffeln. Dieser Bezugsschein gilt nur an dem Tage, an dem der Gemeindevorsteher des Ausfuhrortes handschriftlich an der dazu bestimmten Stelle und durch Namensunterschrift den Schein gültig gemacht hat. Bei Bahnsendungen ist der untere Teil, der Lieferschein, an den Frachtbrief anzuheften und mit diesem nach Empfang der Ware an das Stadternährungsamt — Kartoffelkartenstelle — abzugeben.

Als letzter Termin für die Belieferung der Bezugsscheine gilt der 31. Oktober. Mit dem Verbrauch der Kartoffeln ist spätestens am 3. November zu beginnen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift zieht Bestrafung und Beschlagnahme der Kartoffeln nach sich.

— **Vortrag Oberst Bauer ausverkauft!** Wie der Deutschnationale Volksverein Halle und Saalkreis uns mitteilt, sind sämtliche Einlaßkarten zur Feier von Hindenburgs Geburtstag, auf welcher Oberst Bauer die Gedenkrede halten wird, bereits ausgegeben worden.

— **Akademische Nachrichten.** Der a. o. Professor und Direktor der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Universität Kiel Dr. med. Viktor Klingmüller ist zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden. Der aus Weiselwitz-Strehlen in Schlesien gebürtige Dermatologe bestand in Halle das Staats- und Doktorexamen, war Assistent bei Geh. Rat Weber an der dortigen medizinischen Klinik und seit 1897 Assistent bei Geh. Rat Neißer an der Breslauer dermatologischen Klinik, wo er später zum Oberarzt ernannt wurde. Im Jahre 1902 habilitierte sich Dr. Klingmüller in Breslau, 1906 siedelte er nach Kiel als Nachfolger Prof. E. von Dürings über.

— **Gewerkschaftlicher Bund der Regierungs-Beamten Preußens, Ortsgruppe Halle.** Am Donnerstag, dem 2. Oktober, abends um 8½ Uhr, findet im Hörsaal XVII des Melanchthonianums, An der Universität 8/9, eine ordentliche Mitgliederversammlung des Gewerkschaftlichen Bundes der Regierungs-Beamten Preußens, Ortsgruppe Halle, statt. Unter Bezugnahme auf die besonderen Einladungskarten, welche den Mitgliedern bereits zugegangen sind, wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.

— **Mit den deutschen Truppen von Kleinasien nach der Wüste Sinai** lautet das nächste Vortragsthema des „Stahlhelm". Oberingenieur Rohrwasser aus Halle wird am 3. Oktober im Zoologischen Garten über dieses Thema sprechen und dazu über 100 Lichtbilder zur Vorführung bringen. Karten bei Hothan und an der Kasse.

— **Zeugnisse für ausscheidende Offiziere.** Die Reichswehrbefehlsstelle Preußen verfügt unter dem 26. September: Um den ausscheidenden Offizieren das Unterkommen in einem Zivilberuf zu erleichtern, sind ihnen auf Wunsch von ihrem Vorgesetzten kurze, mit dem Dienststempel versehene Zeugnisse auszustellen, die über ihre Person, ihren Charakter und sonstige Eigenschaften, ihre Verwendung im Frieden, im Kriege und in besonderen Stellungen Auskunft geben. — Abschriften der Personalbogen und Qualifikationsberichte dürfen nicht ausgehändigt werden.

— **Gabelsbergerscher Stenographen-Verein.** Gute stenographische Leistungen werden gut bezahlt. Täglich werden geübte Stenotypisten gesucht. Solche heranzubilden, überhaupt die Allgemeinbildung zu heben, ist das Ziel des Vereins von 1859. Die Wertschätzung, die sich die Gabelsbergersche Stenographie erfreut, kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß erst vor einigen Tagen die Regierung in Oesterreich für alle Schulen das System Gabelsberger nach den Beschlüssen von 1902 vorgeschrieben hat und daß die Regierung des Freistaates Sachsen die Gabelsbergersche Stenographie als wahlfreien Unterricht unter Ausschluß aller anderen Systeme einführte.

— **Der Verein für religiöse Kunst** veranstaltet am Mittwoch, den 1. Oktober, nachmittags um 2 Uhr eine Besichtigung des Domes unter Führung von Geheimrat D. Ficker; daran anschließend Besichtigung der Ulrichs- und der Glauchischen Kirche. Die Geistlichen und die Mitglieder der kirchlichen Gemeindekörperschaften mit ihren Damen sind dazu besonders eingeladen.

— **Hansen Krause,** ein Vortragsexperimentator auf dem Gebiete der Hypnose und Suggestion, versuchte am gestrigen Abend im Saal der „Saalschloßbrauerei" ein nicht allzu zahlreich erschienenes Publikum von Wesen und Wert dieses Zweiges der Psychologie zu überzeugen. Zu Beginn der praktischen Einleitung wurden nur spärliche Resultate erzielt. Besser gelangen die durch Einbildungs-Direktive erzeugten, gesteigerten Experimente, vor allem die der Wachsuggestion. Die theoretischen, erklärenden Ausführungen des Vortragenden trugen wesentlich zum Verständnis des Vorgeführten bei, so daß auch gestern abend Hansen Krause reichen Beifall erntete. Wenn auch auf diesem noch so wenig erforschten und von der exakten Wissenschaft übergangenen Gebiete noch manche Unklarheiten herrschen, muß doch mit dem Vorhandensein gezeigter Erscheinungen selbst im alltäglichen Leben gerechnet werden, was zu beweisen an diesem Abend des öfteren recht gut gelang. Heberer.

— **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen. Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen möglichst ungestempelte Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkasten gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer dem Porto und der Reichsabgabe eine Nebengebühr von 30 Pfg. vorauszuentrichten.

Provinz Sachsen

Deutsch-evangelischer Gemeindetag

(Schlußbericht.)

R. Dessau, 30. September.

Am Montag nachmittag um 3 Uhr versammelte sich eine stattliche Gemeinde in der Johannis-Kirche, um den Vortrag des Generalsuperintendenten D. Jacobi-Magdeburg über das Thema „Der Seelsorgedienst der Frau in seiner Bedeutung für die Lebendigmachung der Gemeinde" anzuhören. Der Redner legte seinen Ausführungen zum Teil die bisher bereits gemachten Erfahrungen in der Mitarbeit der Frau, zum Teil hoffnungsvolle Ausblicke in die Zukunft zu Grunde. Er erhofft von der Frauenmitarbeit im Seelsorge- und Fürsorgedienst in mannigfacher Beziehung Großes und Segensreiches für die christliche Kirche und deren Glieder. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Aussprache.

Abends um 8 Uhr fand die Schlußfeier in der St. Johanniskirche statt. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Pfarrer D. Stock-Berlin, sprach Justizrat Pistorius-Magdeburg über das Thema „Ohne Kirche kein Aufstieg". Er führte aus: Wir liegen politisch, wirtschaftlich, sittlich und religiös am Boden, müssen aber heraus aus diesem Elend. Das wollen die guten Elemente unseres Volkes. Hoffnungsvoll richten sich unsere Blicke auf die deutschen Frauen, auf unsere Jugend, aus denen heraus die Gesundung kommen wird. Doch können wir nur mit Hilfe Gottes genesen. Die Kirche muß die Urquelle unserer Kraft bleiben; kein echter Christ wird sich von seiner Kirche trennen lassen. Das Volk muß wieder einig werden, Achtung vor der Religion und Kirche erlangen, denn die Religion schützt auch den Staat. Es ist unklug von der Regierung, daß sie der Kirche so radikal zu Leibe geht. Den Schlußvortrag hielt Pastor Danneil-Magdeburg über die Worte „Du und deine Gemeinde". Der Redner interpretierte sein Thema nach der urpersönlichsten Seite und wies auf die eminente Wichtigkeit der kirchlichen Gemeinde für das kirchliche Leben unseres Volkes. Kaufmann Gentsch-Magdeburg sprach ein Schluß- und Dankeswort an das schöne, gastliche Dessau, an alle Redner und die Kirchengemeinden St. Georg und St. Johannis für die freundliche Aufnahme der Teilnehmer.

*

Bitterfeld — Deutschlands größte Elektrizitätszentrale

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Elektrizitäts-Gesetz nahm seine Beratungen wieder auf. Ein Regierungsvertreter berichtete eingehend über die verschiedenen Bauprojekte und die in Ausführung begriffenen Leitungen, unter denen eine Tausendvoltleitung von Berlin nach Bitterfeld und von da nach Leipzig an erster Stelle steht. Auf Anfrage Gothein teilte der Regierungsvertreter mit, daß zur Ausführung des Projekts Leipzig-Bitterfeld das nötige Material vorhanden sei bis auf den Zement, der aber wohl auch noch beschafft werden könnte. Der Ausschuß hörte mehrere Sachverständige an, die über Fragen der Elektrizitätswirtschaft eingehende Auskunft gaben.

*

1. **Genthin,** 28. Sept. (Schulnachrichten.) Zum Leiter der Höheren Schule für Knaben und Mädchen ist an Stelle des nach Schlesien berufenen bisherigen Direktors Hübner der Oberlehrer Dr. Waldemar Gang aus Triptis gewählt worden. Der Genannte, der kürzlich aus amerikanischer Gefangenschaft entlassen ist, tritt sein neues Amt demnächst an. Ferner werden zwei weitere akademische Lehrkräfte in die Anstalt eintreten, der Kandidat Richter aus Aschersleben und Frau Krämer aus Neuruppin. — Der Beginn des Unterrichts an der Volkshochschule ist nunmehr auf den 13. Oktober festgesetzt worden. In 25 Fächern werden 35 Herren und Damen aus der Bürgerschaft in den Klassenzimmern des Lehrer-Seminars unterrichten. Die erste geselmäßige Vortragsreihe sieht für jedes Fach wöchentlich einen Abend vor. Dazu werden Teilnehmerkarten ausgegeben zu 4, 8, 12 und 20 Mk., je nach Anzahl der Vortragsabende.

— **Mühlhausen i. Th.,** 30. Sept. (Ein ernster Konflikt) entspinnt sich innerhalb der Stadtverwaltung. In einer von den Notstandsarbeitern einberufenen Versammlung der Betriebsobleute war gefordert worden, daß der dem Nahrungsmittelamt beigegebenen, aus Arbeitern bestehenden „Durchsuchungskommission" Exekutivgewalt zum Zwecke selbständiger Beschlagnahmungen von Lebensmitteln verliehen wird. Der Oberbürgermeister will dieser Forderung, die in der Bürgerschaft große Erregung hervorruft, insofern nachkommen, als er beim Regierungspräsidenten in Erfurt beantragt hat, den Mitgliedern dieser Durchsuchungskommission den Charakter als Hilfspolizisten zu verleihen.

— **Leipzig,** 30. Sept. (Acht Schulstunden wöchentlich.) Die Leipziger Schulverwaltung beabsichtigt unter dem Drucke der amtlichen Kohlenstellen für den Winter fünf Schulen in je ein Gebäude zusammenzulegen. Der Leipziger Lehrerverein weist darauf hin, daß das für die Kinder ein Höchstmaß von 8 Schulstunden wöchentlich bedeuten würde. Die so dringliche Hebung der Kinder in geistiger, vor allem auch sittlicher Beziehung werde vollständig in Frage gestellt, wenn der Arbeitsplan der Schule in so umstürzender Weise gestört werde. Eine bessere Belieferung der Schulen mit Kohlen sei deshalb unbedingt erforderlich, insbesondere müßten sie vor allen Vergnügungsstätten eine Bevorzugung erfahren.

„H.Z." Sportberichte

— **Verein für Leibesübungen.** Die Vorstandssitzung am Montag hat ein genaues Arbeitsprogramm aufgestellt und in mancher Beziehung bereits positive Arbeit geleistet. Die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes findet am 8. Oktober, abends um 8 Uhr im Vereinsheim statt, während die Mitglieder-Vollversammlung am 9. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schultheiß", Poststraße stattfindet.

Fußball. Mittwoch nachmittag 4½ Uhr: V. f. L.-Reserve gegen Polizeimannschaft-Halle.

Leichtathletik. Mittwoch Training nicht in der Turnhalle, sondern 5½ Uhr auf dem Platz.

Hockey. Die 1. Mannschaft spielte am Sonntag in Magdeburg gegen die gleiche des Sportvereins 96. Trotz drei Ersatzleuten lieferte Halle in der ersten Halbzeit den geschulten Magdeburgern einen schönen offenen Kampf, wenn auch Magdeburg mit zwei Toren gegen eins der Hallenser in Führung lag. Nach dem Wechseln erzielte Magdeburg bei überlegenem Spiel drei weitere Erfolge, denen Halle nichts entgegensetzen konnte. Dauernd niederprasselnder Regen beeinträchtigte das Spiel sehr. Bei den Hallensern war die Verteidigung der bessere Teil, der Sturm fiel aus. — Die gemischte Mannschaft spielte in Sandersdorf gegen die dortige Union bis Ablauf der regulären Spielzeit 0 : 0. Erst nach Verlängerung konnte Sandersdorf mit drei Erfolgen als Sieger aus dem Kampf hervorgehen. — V. f. L. wird demnächst eine vollständige Damenelf zum Wettspiel ausgebildet haben.

Der Hallesche Ruderverein „Wölfberg" teilt mit, daß er gegen das am Sonntag ausgefahrene Stadtachterrennen auf Grund des § 56 der Allg. Wettfahrt-Bestimmungen Protest eingelegt hat. Der Protest führt aus, daß das Rennen ohne Aufsicht eines Schiedsrichters gerudert ist. (Nach § 56 der R. B.-B. ist jedes ohne Aufsicht geruderte Rennen auf Einspruch eines der Teilnehmer ungültig.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910011-19/fragment/page=0003

Die Eröffnung des Unterseebootskrieges

Aus den „Erinnerungen" des Großadmirals von Tirpitz

Schon vom Beginn des November ab hatten bei den leitenden Marinebehörden Erörterungen über einen etwaigen Unterseebootskrieg eingesetzt. Am 7. November 1914 stellte der Chef des Admiralstabes den Entwurf einer Unterseeboots-Blockadeerklärung der ganzen Küsten Großbritanniens und Irlands zur Erörterung. Ich machte darauf aufmerksam, daß bei der Neuheit der Waffe die Ubootsblockade völkerrechtlich bisher nicht behandelt wäre. Den Zeitpunkt für die Blockadeerklärung dürfte man nicht früher wählen, als bis eine einigermaßen hinreichende Anzahl von Ubooten zur Stelle wäre. Es schien mir fraglich, ob nicht besser der kommandierende Admiral des Marinekorps in Flandern die Blockadeerklärung ausspräche, damit nicht Kaiser und Regierung in dieser Angelegenheit festgelegt würden. „Die Blockade von ganz England", so schloß ich mein kurzes Votum, „klingt zu sehr nach Bluff, Blockade zunächst der Themse scheint mir besser." Ich hielt es für richtiger, erst einmal im Kleinen anzufangen und zu sehen, wie die Dinge militärisch und politisch laufen würden. Eine solche Beschränkung hätte unseren Mitteln besser entsprochen und die Welt allmählich an den neuen Sperrgedanken gewöhnt. Wir hätten Amerika geschont, insbesondere die stets auf Liverpool fahrenden atlantischen Passagierdampfer nicht berührt und so die Gefahr verringert.

Admiral v. Pohl machte sich meinen Standpunkt nicht zu eigen. Am 15. Dezember legte er mir den Entwurf eines Schreibens an das Auswärtige Amt vor, in dem er Zustimmung zur Eröffnung des Unterseebootskrieges Ende Januar erbat, und zwar sollten der Englische Kanal und die sämtlichen das Vereinigte Königreich umgebenden Gewässer als Kriegsgebiet erklärt werden. Das Schreiben erwähnte noch eine Aeußerung des amerikanischen Botschafters Gerard, aus welchem der Chef des Admiralstabes schließen zu können glaubte, daß von seiten Amerikas kein allzu großer Widerspruch zu erwarten wäre.

Am 16. Dezember 1914 erwiderte ich auf diesen Vorschlag folgendes:

„Euer Exzellenz beehre ich mich auf das Schreiben vom 16. Dezember zu erwidern, daß ich die Absendung des ihm beiliegenden Ersuchens an das Auswärtige Amt für verfrüht halte.

Man kann meines Erachtens von diesem nicht gut jetzt schon eine Aeußerung darüber verlangen, ob im Februar nächsten Jahres gegen eine so folgenschwere Maßnahme, wie sie die beabsichtigte U-Bootsunternehmung darstellt, politische Bedenken bestehen.

Ich habe aber auch Bedenken gegen die von Euer Exzellenz beabsichtigte Methode der Kriegsführung. Der Unterseebootskrieg ohne Blockadeerklärung, wie er von Euer Exzellenz vorgeschlagen wird, geht meines Erachtens in seine Wirkung auf die Neutralen sehr viel weiter als eine regelrechte Blockade und ist deswegen politisch erheblich gefährlicher.

Die bisherigen Kriegserfahrungen haben leider gezeigt, daß Deutschland auf die Handelsinteressen der Neutralen mehr Rücksicht nehmen muß als England. Auch die Bezugnahme auf die Maßnahmen der Engländer, die das Befahren der nördlichen Nordsee als gefährlich bezeichnet haben, scheint mir nicht ganz zutreffend. Die Engländer haben einmal das Gebiet nicht von sich aus für gefährdet erklärt, sondern auf Grund der (freilich falschen) Behauptung, daß wir Minen gelegt hätten, und zweitens, daß neutrale Schiffe sich der Gefahr aussetzten, für deutsche Minenleger gehalten und entsprechend behandelt zu werden.

Ich darf Euer Exzellenz auch zur Erwägung anheimstellen, ob es wirklich angebracht ist, das Privatgespräch des Botschafters Gerard mit dem Vorsitzenden der Bremer Handelskammer als Beweismittel für ein so rigoroses Vorgehen ins Feld zu führen, wie es der geplante U-Bootskrieg bedeutet. Schließlich könnte ich glauben, daß amtliche Stellen bei uns, die völkerrechtliche und moralische Bedenken schon gegen eine Unterseebootsblockade hegen, solche Bedenken in noch ungleich höherem Maße gegen diese Art des Vorgehens geltend machen werden. Der von Euer Exzellenz aufgestellte Entwurf dürfte diesen Protest eher steigern als beseitigen.

Abgesehen von Vorstehendem bin ich aber durchaus der Ansicht, daß ein planmäßiges Vorgehen in großem Stil gegen den englischen Handel mit Unterseebooten innerhalb der Marine auf das energischste und mit allen Mitteln vorbereitet werden muß. In meinem Geschäftsbereich geschieht dies."

Admiral v. Pohl antwortete mir hierauf, er könnte meiner Ansicht, daß es für den geplanten Schritt noch zu früh wäre, nicht beitreten. Nach eingehenderen Erörterungen mit dem Auswärtigen Amt und auf Grund einer Denkschrift des dortigen Ministerialdirektors Kriege habe man sich auch entschlossen, an der Form der Kriegsgebietserklärung festzuhalten und nicht diejenige der Blockade zu wählen. Das Auswärtige Amt wäre durchaus bereit, diese neue Form zu vertreten. Juristisch-doktrinäre Erwägungen gaben also den Ausschlag.

Im weiteren Verlauf empfahl ich dem Chef des Admiralstabes noch, sich wegen des Unterseebootskrieges vor Unterredung mit dem Reichskanzler das Einverständnis des Generalstabschefs v. Falkenhayn womöglich schriftlich zu sichern. Soweit mir bekannt, blieb auch dieser Rat unbeachtet.

Am 27. Januar 1915 wurde ich vom Reichskanzler zu einer Unterredung über diese Frage aufgefordert. Ich legte dar, daß wir England gegenüber nur vorwärts kämen, wenn wir ihm selbst den Krieg fühlbar machten; die Uboots-Blockade würden wir in irgendeiner Form m. E. nicht vermeiden können. Ueber die juristische und politische Seite der Angelegenheit sei ich nicht hinreichend unterrichtet, um die Zweckmäßigkeit der Form ohne weiteres abschließend beurteilen zu können. Der Reichskanzler lehnte in diesem Gespräch die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Unterseeboots-Handelskrieges nicht grundsätzlich ab. Politische Verhältnisse erlaubten jedoch nach seiner Ansicht nicht, vor Frühjahr oder Sommer 1915 eine Entscheidung zu fällen. Ich war mit einem solchen Aufschub der noch nicht genügend durchgearbeiteten Ubootsfrage unbedingt einverstanden. Außerdem hielt ich es für richtig, die Fertigstellung der Unterseeflotte für Flandern und der dortigen Werfteinrichtungen abzuwarten.

Im übrigen sagte ich bei dieser Gelegenheit Herrn von Bethmann auf eine dahingehende Frage, daß bei der Neuheit des Kampfmittels vom militärischen Standpunkt aus eine unbedingte Zusicherung seiner Wirksamkeit natürlich nicht gegeben werden könnte. Ich war jedoch überzeugt, daß unsere Maßnahme einen gewaltigen Eindruck machen und daß sehr viele Handelsschiffe durch die ihnen drohende Gefahr abgeschreckt werden würden.

Nach diesen Vorgängen wird man begreifen, wie außerordentlich verblüfft ich war, als bereits wenige Tage nach diesem Gespräch, nämlich am 4. Februar 1915 in Wilhelmshaven Admiral v. Pohl im Einverständnis mit dem Reichskanzler dem Kaiser die Kriegsgebiets- und Ubootserklärung vorlegte. In dieser Erklärung wurden die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des Kanals als Kriegsgebiet erklärt und gesagt, daß jedes in diesem Gebiet angetroffene feindliche Kauffahrteischiff zerstört würde, ohne daß es immer möglich sein würde, die dabei der Besatzung und den Passagieren drohenden Gefahren abzuwenden. Auch neutrale Schiffe laufen im Kriegsgebiet Gefahr, da es angesichts des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauches neutraler Flaggen nicht immer vermieden werden kann, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Für letztere wurde die Fahrt nördlich der Shetlandsinseln und ein Streifen an der holländischen Küste freigelassen. Man wird den Unterschied dieser Erklärung von meinem eigenen Vorschlag ohne weiteres erkennen. Ich wünschte zunächst nur eine Ubootsblockade der Themse. Eine Blockade ist effektiv, wenn jedes Schiff, das die Zone passiert, in erheblicher Gefahr der Wegnahme oder Vernichtung steht. Wenn wir alles auf die Themse zusammenzogen, um eine absolute Sperrung des Verkehrs, auch für neutrale Schiffe, herbeizuführen, so blieb doch die übrige Küste frei, und so konnten bei dieser Art der Ausführung wirksame Beschwerden der Neutralen zunächst nicht vorkommen. Im Admiralstab war man mit der Ausarbeitung meines Gedankens der Themsesperre beschäftigt, als Pohl unter dem 31. Januar auf einmal unter Berufung auf den Reichskanzler die Sache umwarf. Durch die Ausdehnung des Sperrgedankens auf die ganze Küste wurde er weniger wirksam, rechtlich unklar und mehr herausfordernd. Es mangelte dieser Erklärung die Effektivität, die Substanz, und dadurch reizte sie den Widerspruch an. Sie minderte den Kredit unserer eigenen Erklärungen und damit in gewissem Sinne auch das Prestige der deutschen Marine herab. Sie sah etwas nach Bluff aus und durch die in der Erklärung liegende Unklarheit, nämlich das sichtbare Bestreben, die Neutralen zu schonen, aber zugleich die Drohung, es nicht zu tun, erregten wir Zweifel an unserem Recht auf diese Kriegsführung. Jedenfalls war diese Kriegsgebietserklärung, wenn ich von der juristischen Seite absehe, politisch und militärisch unzweckmäßig. Welche Gründe vorgelegen haben, unter Uebergehung meines Votums den Ubootskrieg in Szene zu setzen, ist mir nicht bekannt geworden. Jedenfalls war ich wieder einmal, diesmal wohl in einer der wichtigsten Fragen meines Ressorts, ungehört geblieben, der Ubootskrieg über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen eröffnet, in einer Form, die nicht Glück verhieß.

Unterm Datum des 2. Februar, eingegangen am 3. Februar, teilte der Admiralstab dem Reichsmarineamt mit, daß der Reichskanzler der Kriegsgebietserklärung zugestimmt hätte, deren beabsichtigter Wortlaut übermittelt wurde. Hiervon habe ich nichts erfahren; denn meine Abreise von Berlin nach Wilhelmshaven erfolgte am 3. früh. Da nach dem Kabinettsbeschl vom 30. Juli 1914 derartige Entschlüsse ohne mein Votum gar nicht erfolgen konnten, so besteht der begangene Fehler darin, daß eine Entscheidung von dieser Tragweite getroffen wurde, ohne meine Aeußerung abzuwarten. Ein solcher Schritt mußte doch durchgearbeitet werden, bevor man zu einem Entschlusse kam. Admiral Bachmann schreibt mir über seinen Anteil an den Ereignissen: „Ich habe meine Bedenken gegen eine so frühzeitige Aufnahme des U-Boot-Krieges dem Admiral von Pohl gegenüber am 2. Februar 1915, als ich nach Berlin berufen war, um zu erfahren, daß ich Chef des Admiralstabes werden sollte, unverhohlen zum Ausdruck gebracht. Die'er wies meine Bedenken: geringe Zahl von U-Booten, keine Stützpunkte in Flandern und anderswo, Unerfahrenheit im U-Boots-Handelskriege usw. zurück und erklärte, die Frage sei schon entschieden; Reichskanzler, Auswärtiges Amt, Generalstab hätten zugestimmt und die kaiserliche Genehmigung stände unmittelbar bevor. Als ich am 6. Februar mein neues Amt antrat, war die Kriegsgebietserklärung mit der Unterschrift von Bethmann und Pohl erlassen."

Der Kaiser stimmte zu. Ich stand zufällig dabei, konnte aber aus der ganzen Situation heraus nur noch die Aenderung erreichen, daß man in der Erklärung auf den englischen Flaggenmißbrauch Bezug nehmen möchte.

Der weltgeschichtliche Entschluß war, wie ich später erfuhr, am 2. Februar in einer Sitzung beim Reichskanzler mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, im Beisein des Reichsamts des Innern und scheinbar ohne Widerspruch des Großen Generalstabs gefaßt worden. Nach der Sitzung hat am Spätabend desselben Tages kurz vor Pohls Abfahrt nach Wilhelmshaven die juristische Autorität des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Kriege, im Auftrage des Reichskanzlers beim Admiralstabschef gegen dessen Bedenken noch eine Aenderung in der Fassung der Kriegsgebietserklärung durchgesetzt. Ich erwähne dies nur, um das enge Zusammenarbeiten der hinzugezogenen Dienststellen und das völlige Einverständnis des Reichskanzlers mit dem Vorgehen des Admiralstabes zu zeigen. Admiral v. Müller hat am 8. März 1915 sich brieflich darüber wie folgt geäußert: „Ich habe ebenso wie der Staatssekretär die Art der Inszenierung des U-Bootshandelskrieges nicht gebilligt. Der Zeitpunkt war schlecht gewählt, die Mittel nicht genügend bereitgestellt, und die Redaktion der Ankündigung war äußerst ungeschickt. Wohl hat die Zustimmung des noch sehr sachunkundigen Reichskanzlers gefunden und hat dann den Kaiser am 4. Februar auf der Bootsfahrt durch den Wilhelmshavener Hafen nach der „Seydlitz" mit der verabredeten Fassung der Bekanntmachung überrumpelt. Es war illoyal von Pohl, nicht vorher mit dem Staatssekretär über die Fassung der Ankündigung zu sprechen. Er war aber auch illoyal gegen mich, dessen Rat er sonst immer gesucht hat, wenn es sich um wichtige Entschließungen handelte. Er wollte durchaus die Veröffentlichung unter seinem Namen losschießen, und da war allerdings der 4. Februar der äußerste Zeitpunkt, denn an diesem Tage hatte er das Kommando der Hochseestreitkräfte schon übernommen und war damals schon strengenommen nicht mehr Chef des Admiralstabes."

*

— „Das Buch vom Feldmarschall Hindenburg" von Paul Lindenberg, das, seit langem angsam vorbereitet, aus besonderer Veranlassung erst nach dem Friedensschluß zur Veröffentlichung gelangt, erscheint binnen kurzem im Verlage der Verlagsbuchhandlung Gerhard Stalling in Oldenburg i. Old.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Der Silberrichtpreis wurde von der Deutschen Gold- und Silberscheide-Anstalt in Frankfurt a. M. für die laufende Woche auf 88½ Mk. das Kilo Feinsilber festgesetzt gegen 1034 Mk. in der letzten Woche.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Ueber den ungünstigen Geschäftsabschluß der Phönix-Gesellschaft ging die Börse heute hinweg. Nachdem anfangs das Geschäft ziemlich still gewesen war, belebte es sich am Schiffahrts- und zeitweise am Elektromarkt. Von ersteren stellten sich Hansa und Deutsch-Australier ungefähr 4, Argo 23 Proz. höher. Von letzteren wurde besonders Bergmann mit einer 4proz. Besserung lebhaft umgesetzt. Valutaaktien nahmen ihre steigende Bewegung wegen des Rückschlages in der Markvaluta wieder auf, und besonders Kanada und Steaua wurden wesentlich im Kurse in die Höhe gesetzt, während die Besserung der amtlich gehandelten ausländischen Aktien unbeträchtlich war. In Kolonialwerten hielt die lebhafte Geschäftstätigkeit an, ohne daß sich die Kurse zunächst besonders veränderten. Mit starken Steigerungen sind noch zu erwähnen Deutsch-Ueberseeische Elektrizitätsaktien und Adlerwerke und später Daimleraktien. Der heimische Rentenmarkt zeigte gut Behauptetes Aussehen. Oesterreichische und ungarische Werte waren wiederum nahezu geschäftslos. Im späteren Verlaufe traten besondere Veränderungen nicht ein. Die Börse behielt bei nicht ganz einheitlicher Kursgestaltung ihr festes Aussehen bei.

Produktenbericht. Die feste Haltung am Hafermarkt überträgt sich immer mehr auf spätere Lieferungen, für die der Westen Käufer bleibt. Für prompte Ware wurden die gestrigen Preise und etwas darüber gezahlt. Für Erbsen hält die feste Preisgestaltung an. Von anderen Hülsenfrüchten sind Pferdebohnen begehrt, aber kaum angeboten. In Serradella und für Heu hält die Nachfrage an, für letzteres besonders aus Süddeutschland.

Hafernotierungen:

Berlin, 30. September. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark Loko ab Speicher frei Wagen 1220—1260, loko ab Bahn 1220—1230, bei Selbstabladung. Dreitägige Abladung —. Dreiwöchige Abladung —. August-Abladung —. Erste Hälfte September-Abladung ———. September-Abladung ———. Oktober-Abladung ———. November-Abladung ———. Alles per 1000 kg Netto ab Abladestationen. Tendenz fest.

Auszahlungen.

Berlin, 30. September.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	839,—	841,—	Oesterreich abg.	32,45	32,55
Dänemark	488,25	484,75	Ungarn	32,20	32,50
Schweden	554,25	555,75	Prag	78,15	78,35
Norwegen	519,25	520,75	Spanien	429,50	430,50
Schweiz	409,50	410,50	Finnland	107,75	108,25
Wien, alles	30,95	31,05			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	152,—
4½ % Deutsche Schatzscheine VI–IX	77,10	Deutsche Uebersee-El.	311,—
5 % Deutsche Reichsanl.	77,10	Deutsche Erdöl	380,—
4 „ „	72,—	Deutsche Gasglühl.	484,—
4½ „ „	66,10	Deutsche Kali	216,—
3 „ „	65,10	Deutsche Waff. u. Mun.	223,50
4 Preuss. Konsols	72,90	Donnersmarkhütte	225,—
4½ „ „	65,50	Döring u. Lehrmann	120,—
3 „ „	62,25	Dürkoppwerke	341,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	96,10	Elberfelder Farben	370,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	213,—
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	144,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	99,70	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—	Gebhardt u. König	148,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gelsenkirch. Bergb.	179,50
4 „ „	—,—	Glauziger Zuckerfbr.	279,75
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	—,—	Hann. Masch.	357,—
4 Ungar. Gold-Rente	56,—	Harpener Berg	189,50
4 Ungar. Kronen-Rente	53,—	Hasper Eisen	172,75
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	243,—
Halberstadt-Blankenb.	80,50	Höchster Farbw.	359,75
Haile-Hettstedter	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	214,50
Schantungbahn	147,60	Hohenlohe-Werke	—,—
Allg. Lokal-Str.	128,—	Humboldt-Masch.	158,—
Gr. Berl. Str.	120,25	Ilse-Bergbau	385,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	341,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	365,—	Kaliw. Aschersleben	203,—
Orientbahn	282,50	Körbisd. Zucker-Akt.	142,50
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	—,—
Hambg. Paketfahrt	116,—	Lahmeyer u. Co.	127,75
Hansa-Dampfschiff	21,—	Lauchhammer	184,75
Nordd. Lloyd	119,50	Laurahütte	168,50
Banken:		Linke u. Hofmann	320,—
Bank für Thür.	152,50	Ludwig Loewe u. Co.	232,½
Berl. Handelsges.	160,—	Lothringer Hütte	163,50
Comm u. Diskontobank	—,—	Mannesmannröhren	200,—
Darmstädter Bank	117,75	Maschinenfabr. Buckau	152,—
Deos. Landesbank	110,75	Oberschl. Eisenb.-Bed.	139,—
Deutsche Bank	242,—	do. Caro Heg.	156,—
Diskonto-Comm.	175,—	do. Kokswerke	220,25
Dresdner Bank	144,—	Orenstein u Koppel	192,—
Credit-Anst. Leipzig	142,—	Phönix-Bergb.	198,50
Mitteld. Kreditbank	121,75	Rhein. Metall-Vorz.	202,—
Privat-Bank	121,50	Rhein Stahlwaren	165,—
Nationalbank	117,—	Riebeck. Montan	237,—
Oesterr. Kredit	105,—	Rombacher Hütten	156,—
Reichsbank	147,25	Rositzer Brauns.	162,50
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	175,—
Schultheiss-Brauerei	274,—	Sangerhäuser Masch.	270,—
Akt. f. Anilin	308,—	Hugo Schneider u. Co.	192,25
Allgem. Elektr.-Ges.	213,—	Schuckert u. Co.	136,25
Ammendorfer Papierf.	—,—	Siemens u. Halske	—,—
Anhalter Kohlenw.	207,—	Stettiner Chamotte	210,—
Annaberger Steingut	192,—	Stettiner Vulkan	180,—
Badische Anilin	426,—	Stollberger Zinkh.	170,50
Berlin-Elekt.-Akt.	159,—	Strals. Spielkarten	222,—
Berl. Masch.-Bau	248,75	Thale-Eisenhütte	209,50
Bismarckhütte	233,—	Triptis-Akt.-Ges.	157,—
Bochumer Gußstahl	188,75	Türkische Tabakregie	—,—
Chem. Fabrik Buckau	132,—	Ver. Köln-Rottweiler	209,¼
Chem. Griesheim	244,50	Glanzstoff Elberf.	613,—
Chem. v. Heyden	270,—	Wegelin u. Hübner	165,75
Consolidation Schalke	280,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Cröllwitzer Papierfabr.	204,—	Westeregeln-Alkali	285,50
Daimler-Motoren	221,—	Wittener Gußstahl	220,—
		Wrede-Mälzerei	125,—
		Zeitzer Masch.	419,—
		Zellstoff Walthof	200,—
		Otavi-Minen	272,—
		Tendenz: fest.	

Hauptschriftleiter Heinr. Geitner.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Geitner; für politische Nachrichten: Wirtschaftsteil und Sport: Hans Helling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910011-19/fragment/page=0004